

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 30

Artikel: Das neue Parteiprogramm Chruschtschews : totaler Kommunismus ist Parteidiktatur
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076451>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK A.Z. Bern I

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger

Verwaltung: Oswald Schürch

Postcheck: III 24616, Telefon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nr. 30

Bern, 2. August 1961

Erscheint wöchentlich

RICHTIGE FOLGERUNGEN WIRKLICH ZU ZIEHEN

Die Berlin-Rede von Präsident Kennedy ist ein Lichtschein in der politischen Trübung, die sich auf den Herbst hin noch verdunkeln wird. Der Präsident des stärksten Landes der freien Welt erklärte klipp und klar, dass «unseren Verpflichtungen gegenüber den zwei Millionen freien Menschen in jener Stadt» nachgekommen werde.

Die Schritte, die dazu notwendig sind, «werden von vielen Bürgern Opfer verlangen, und in der Zukunft wird noch mehr gefordert werden. Von uns allen verlangen sie auf Jahre hinaus Mut und Hartnäckigkeit». Das ist auf ein Haar genau die Auffassung, die wir seit Erscheinen dieser Zeitschrift hier vertreten. Nur wenn jeder Einzelne innerhalb der freien Welt für sich persönlich eine Entscheidung trifft, die sich in Taten zugunsten der Freiheit auswirkt (und diese Taten sind Opfer), nur dann kann die Freiheit bewahrt werden. Wir sind glücklich, dass Kennedy die internationale Lage korrekt analysiert und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zieht, nicht zuletzt deshalb, weil dies eine ermutigende Bestätigung für die Arbeit und den Einsatz unseres Institutes ist.

Was sind nun die Opfer, die von jedem Einzelnen zu verlangen sind? Worte sind kein Opfer: ein wohlklingendes Bekenntnis zur Freiheit bleibt Phrase, solange es nicht durch Taten bestätigt wird. Was sind also die Taten, die wir leisten müssen?

Eine erste Tat ist das Studium der welt-politischen Lage. Denn nur aus der genauen Kenntnis einer Gefahr lassen sich die nötigen Massnahmen zur Bewahrung von der Drohung erarbeiten. Diese Kenntnis muss sich jeder aneignen, weil jeder sich entscheiden muss. Diese Arbeit können Fachleute nur erleichtern, aber nicht abnehmen. Wer deshalb behauptet, er hätte weder Zeit noch Interesse, diese Kenntnis zu erwerben, der bringt sicher nicht das nötige Opfer.

Wenn aber der Einzelne das ganze Ausmass der Gefahr erkannt hat, dann ist er verpflichtet, Bestrebungen zur Sicherung der Freiheit zu unterstützen, wo und wie er kann, mit seiner eigenen Zeit und mit seinen eigenen Anstrengungen. Es genügt nicht mehr, einfach abzulehnen, was uns bedroht, und dann zu glauben, damit hätte man genügend getan. Wir müssen uns aktiv und offensiv einsetzen. Das aber erfordert die Mitarbeit aller. Wer dazu in der Lage ist, muss unmittelbar mit-

helfen und Artikel schreiben, Vorträge halten, organisatorische Arbeit leisten. Wer das aus irgendeinem Grunde nicht kann, muss unmittelbar durch sein finanzielles Opfer mithelfen und soll einen Teil seiner Arbeit für die Freiheit leisten und die Entlohnung dafür als Opfer zur Verfügung stellen. Geld ist Zeit.

Als uns kürzlich, um einige Beispiele zu nennen, ein Invalider 10 Franken, ein Bauer 100 Franken und ein Arzt 1000 Franken schickten, da trugen sie ein wirksames Scherflein bei zur Weiterführung und zum Ausbau unserer Arbeit, so gut wie die

Gymnasiasten, die während der Ferien bei uns kostenlos mitzuarbeiten versprochen. Wir wollen dabei nicht nur von unserem Institut reden: zahlreiche weitere Bestrebungen, die mit andern Methoden am gleichen Strick ziehen, verdienen ebenfalls Unterstützung. Wenn diese Arbeit und dieser Einsatz durch das ganze Volk getragen wird, werden wir die Freiheit retten können.

Peter Sager.

Das neue Parteiprogramm Chruschtschews

Totaler Kommunismus ist Parteidiktatur

Chruschtschew hat mit der stalinistischen These von der idealen kommunistischen Gesellschaft ohne Partei offiziell gebrochen und den Eintritt in den Vollkommunismus unter verstärkten KP-Befugnissen angekündigt.

Die in unserer letzten Nummer als unmittelbar bevorstehend bezeichnete Veröffentlichung des neuen sowjetischen Parteiprogramms (siehe Memo, KB Nr. 29) hat der Partei die erwartete neue Rolle in der «klassenlosen Gesellschaft» zugewiesen. Chruschtschews «Vorschlag» für den Parteikongress vom Oktober — die Publikation zwecks Diskussion erfolgte übrigens nahezu ein halbes Jahr später als ursprünglich vorgesehen — stellt die weitgehende Durchführung des Vollkommunismus (Totalkollektivierung aller Güter und Produktionsmittel, Abbau der Geldentlohnung zugunsten des Anteils an Naturalien und Dienstleistungen, Einkommen nach «Bedürfnis» statt nach Fähigkeit, Auflösung der Rechtsnormen zugunsten gesellschaftlicher Normen) innerhalb von zwanzig Jahren in Aussicht.

Die angegebene stufenweise Verwirklichung (siehe auch Memo, KB Nr. 28) bringt die Bestätigung des praktisch geltenden Grundsatzes, dass die Auflösung bisher geltender staatlicher und gesetzlicher Ordnungen zur klassenlosen Gesellschaft nur so weit gilt, als sich daraus Rechte der Bürger dem Staate gegenüber ableiten lassen, nicht aber umgekehrt.

Der Kommunismus ist ein soziales Regime ohne Klassen mit einheitlichem nationalem Besitz der Produktionsgüter, einer totalen sozialen Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft.

Aus dem neuen Parteiprogramm

«Der Staat wird bis zum völligen Sieg des Kommunismus bestehen», heisst es im Programm, das andererseits die Aufhebung legaler Institutionen (wie Strafrecht, das durch «Erziehung» — das heisst appellationslose Parteimassnahmen — ersetzt wird) bereits in Gang setzt.

Der Ausbau der Parteidiktatur, eine formelle Abwendung vom Komintern-Programm 1920, wird jetzt zur Errichtung der «idealen kommunistischen Gesellschaft» vorgeschrieben: Chruschtschews Text sieht den «Ausbau der Parteihierarchie» vor. Die kommende Periode werde Rolle und Bedeutung der KP anwachsen sehen, welche die leitende Kraft der sowjetischen Gesellschaft bleibe. Der wachsenden Machtfülle einzelner Personen wird unter erneuter Verurteilung des Personenkults eine theoretische Schranke gesetzt: Erneuerung des ZKs und des ZK-Präsidiums um ein Viertel bei jeden Wahlen, und die Neubestellung der «meisten Posten» alle drei Jahre. Von dem diktatorischen Posten des Ersten Parteisekretärs ist allerdings nicht die Rede. Prinzip: Chruschtschew bleibt, seine potentiellen Rivalen wechseln.

Das aussenpolitische Programm, das die kapitalistische Welt als reif für die Revolution bezeichnet, hält sich an die Erklärung der kommunistischen- und Arbeiterparteien vom November. Darin liegt in einer Beziehung eine Ueberraschung: Als deklarierte Hauptgefahr für die interne kommunistische Entwicklung figuriert weiterhin der Revisionismus (repräsentiert durch Jugoslawien), während der Dogmatismus und das Sektierertum (lies China) immer noch nur als «weitere Gefahren für die Entwicklung der revolutionären Theorie» bezeichnet werden. Der Westen tut somit gut daran, sich nicht auf den Bruch zwischen Moskau und Peking zu verlassen,